

ernährung verstärkt zur Durchführung zu bringen. Alle Parteileitungen müssen in ihrer Arbeit eine entschiedene Wendung in der Richtung auf die direkte und engste Verbindung mit den Grundeinheiten der Partei und auf deren Unterstützung vornehmen. Das heißt daß wir zu erlernen haben, auf neue Art zu arbeiten. Wir müssen erreichen, daß jeder Parteigenosse, jeder Funktionär der Massenorganisationen und der Verwaltung, aus sich selbst heraus Fehler und Schwächen überwindet und überwinden hilft und die Dinge nicht einfach schleifen läßt. Es gibt heute schon ganz vorzügliche Beispiele solcher Initiative.

Der *erste Schritt* in dieser Richtung besteht darin, die gesamte Mitgliedschaft von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen. Wir wollen erreichen, daß alle unsere Genossen — mögen sie im Betrieb, in der Gewerkschaft oder in der Verwaltung tätig sein — kämpferische Demokraten werden, daß jeder einzeln mithilft, schwache oder faule Stellen aufzudecken und zu beseitigen.

Der *zweite Schritt*, der mit dem ersten parallel gehen muß, ist, die Beschlüsse des II. Parteitag tief in die Massen hineinzutragen, eine breite Volksaufklärung zu entfalten und eine schlagkräftigere Agitation gegen die zersetzende Hetze der Gegner zu führen. Wir müssen zum Beispiel den Massen unermüdlich erklären, warum der Kampf um die Steigerung der Produktion die

Grundbedingung und Voraussetzung für eine Lösung aller wirtschaftlichen Fragen ist. Diese unangreifbare Wahrheit ist in den Parteitagsbeschlüssen einleuchtend dargelegt, aber noch nicht überall richtig verstanden worden. Es gibt selbst in unseren eigenen Reihen Tendenzen, die zwar alle Forderungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft bejahen, ohne jedoch dabei einzusehen, daß als Voraussetzungen hierfür die Steigerung der Produktion und die Hebung der Arbeitsmoral notwendig sind. Das ist aber eine grundsätzliche Frage, und deshalb muß sie in der ganzen Partei und insbesondere in den Betriebsgruppen vollkommen klargestellt werden.

Der Erfolg der Arbeit unserer Partei hängt von der konkreten Aufgabenstellung jeder Parteieinheit und von ihrer Durchführung ab. Dabei fällt den Betriebsgruppen der wichtigste Teil der Arbeit zu. Daß es schon Betriebsgruppen gibt, die in der Erfüllung ihrer neuen Aufgaben eine vorbildliche Initiative entwickeln, lehrt das Beispiel der SED-Betriebsgruppe des Braunkohlen- und Großkraftwerkes *Hirschfelde* bei Zittau.

Anschließend an den Parteitagsbericht beschloß die Betriebsgruppe, im Einvernehmen mit den anderen im Betriebe vertretenen Organisationen der CDU, LDP, FDGB, Jugend und Frauen eine Betriebsabstimmung über den Willen der Belegschaft zur Einheit Deutschlands durchzuführen. Ein gemeinsam formulierter Aufruf bildete die Plattform für die Abstimmung. Eine Reihe Versammlungen ging der Abstimmung voraus. So war es möglich, die Belegschaft vorher über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Seiten der Gesamtfrage weit umfassend aufzuklären. Im Abstimmungsergebnis kam der Erfolg klar zum Ausdruck. Von 3000 Belegschaftsmitgliedern gaben 2484 ihre Stimme ab (15 Prozent der Arbeiter waren in der Zeit der Abstimmung krank oder in Urlaub). 94,9 Prozent stimmten für einen demokratischen Einheitsstaat. Damit hatte die Betriebsgruppe eine hervorragende politische Arbeit geleistet.

Zu den neuen Aufgaben hat die Betriebsgruppe ein Betriebsprogramm aufgestellt, das folgende Punkte enthält:

1. Schaffung eines Plan- und Kontrollausschusses.
2. Jede Abteilung macht einen Vorschlag zur Verbesserung der Produktion.
3. Jede Abteilung macht einen Vorschlag zur Materialersparnis.
4. Ab 1. Januar 1948 Ausnutzung jeder Maschine in durchlaufender Arbeitszeit.
5. Prämierung der besten Arbeiter und Arbeitskolonnen.
6. Steigerung der Arbeitsproduktivität je Mann und Schicht.

Einige dieser Punkte wurden bereits durchgeführt*). Das Beispiel zeigt nicht nur sehr anschaulich, was getan werden muß, sondern auch, wie es angefaßt werden kann. Es gibt auch in anderen Ländern der Ostzone viele solche guten Beispiele, die kaum genug Verbreitung finden können.

Um unsere Arbeit besonders in den Betriebsgruppen vorwärtszutreiben, ist eben eine Änderung in den bisherigen Arbeitsmethoden erforderlich. Notwendig ist vor allem die Herstellung einer direkten und ständigen Verbindung von den oberen Parteileitungen zu den Betriebsgruppen sowie die richtige Anleitung der Betriebsgruppen durch die Parteileitungen. Der Landesvorstand Sachsen hat es allen Kreisvorständen in einem Beschluß zur Pflicht gemacht, in die wichtigsten und rückständigsten Betriebe seine besten Genossen, einschließlich der verantwortlichen Funktionäre der Verwaltung, zu senden, damit ihnen diese Genossen laufend Berichte aus den Betrieben erstatten und dort auch helfend eingreifen. Die Referenten und Instruktoren dürfen aber nicht allgemeine Reden halten, sondern müssen den Betriebsgruppen zeigen, wie man einen Beschluß in der Praxis durchführt, welche Eifahrungen darin an anderen Stellen gemacht worden sind usw. Solche Methoden sind auch zur Verbesserung der Arbeit unserer ländlichen Ortsgruppen nötig. Es gilt jetzt, auf den wichtigsten Gebieten unserer Arbeit Tatsachen und Beispiele zu schaffen. Jedes gute Beispiel ist ein Argument für unsere Sache,

*) Die Ziffern basieren auf dem III. Parteitag, die gleichzeitig die 17. Tagung seit dem Verschmelzung - Parteitag darstellt

*) Wir behalten uns vor, auf die erfolgreichste Arbeit unserer Genossen in dem erwähnten Betriebe Hirschfelde nochmals zurückzukommen. (Red.)

Um Deutschlands Zukunft

Entschließung des Blödes der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen Sachsens zur Londoner Konferenz

Dresden (SZ). In «Basar» des diktionhan Stumfadauder Landener Koöfarew «das künftige Schicksal Deutschlands entschieden werden seit, erheben wir, der Bleck der attifartMstisU-demokratischen Parteien (SED, LDP, CDU) und des FDGB, erneut

unseren Ruf nach einem gerechten Frieden

Ein gerechter Frieden kann aber nur ein Frieden sein, der mit dem deutschen Volke abgeschlossen wird. Deshalb erwarten wir, daß dem deutschen Volke Gelegenheit gegeben wird,

durch seine Vertreter der Londoner Konferenz seine Auffassungen und Wünsche vertutragen.

Das deutsche Volk ist überzeugt daß nur

ein wirtschaftlich und politisch geeintes Deutschland

gegründet auf einer wahrhaften Demokratie, «eine friedliche und fortschrittliche Entwicklung zu sichern vermag.

Eine Zerteilung Deutschlands würde nicht nur die Schaffung eines ständigen Unruheherdes bedeuten und damit die Kriegsgefahr erhöhen, sondern würde auch das deutsche Volk un* fähig machen, seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen nachzukommen und seine eigene große Not zu beseitigen.

Darum liegt die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands nicht nur im Interesse des deutschen Volkes selbst, sondern auch im Interesse aller friedliebenden Völker.

Es entspricht dem einseitigen Willen aller Werktätigen und fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes, diesen Weg der Demokratie, des Friedens und der Freundschaft unter den Völkern ehrlich und entschlossen zu gehen.

Nur nach Durchführung gründlicher demokratischer K «formen» auf dem Gebiete der Wirtschaft, Politik und Verwehung bei allen Tellen Deutschlands

und nur nach Entmachtung der für den verheerendsten Krieg Hitlers und der deutschen Imperialisten Verantwortlichen wird das neue demokratische Deutschland eine Stütze des Friedens in Europa sein.

Als notwendige Maßnahme zur Erreichung dieses Zieles betrachten wir die bereits in dem Potsdamer Abkommen vorgesehene Errichtung zentraler deutscher Verwaltungen und die

Bildung einer gesamtdeutschen Regierung

zum Abschluß des Friedentvertrages. Um dem deutschen Volk in allen Teilen Deutschlands die Möglichkeit zu geben, seinen Willen zur Bildung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands kundzutun, wird

eine Volksabstimmung das wirksamste Mittel

Wir rufen alle Teile des deutschen Volkes auf, durch Entschlüssen in Betrieben, Dörfern und Städten auch diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Je stärker die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte unseres Volkes ihre Stimme für die Erfüllung dieser Forderung erheben, um so gewisser ist die Lösung dieser Frage des Friedentvertrages im Sinne einer gesicherten Existenz des deutschen Volkes auf dem Boden der Demokratie und des Friedens. Wir wenden uns mit diesem Appell an alle friedliebenden Kräfte in allen Tellen der Wok in der Gewißheit, daß sie uns unterstützen werden in unseren Forderungen

für einen gerechten Frieden, für ein wirtschaftlich und politisch einheitliches Deutschland, für ein Deutschland, in dem das deutsche Volk seine Zukunft in Frieden und Freiheit gestalten kann.



einer am 22. II. 1947 stattgefundenen Konferenz aller örtlichen Blockausschüsse der SED, LDP und CDU, sowie der FDGB-Vertreter aus dem Stadt- und Landkreisen, wurde beschlossen, gemäß dem oben abgebildeten Aufruf „Um Deutschlands Zukunft“ die gesamte werktätige Bevölkerung aufzurütteln und für das gemeinsame Ziel zusammenzuschließen.

(Aufn. SED-BildstelleDresden)